

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

30. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. November 2000, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Holger Astrup

Fehlende Abgeordnete

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Reinhard Sager (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2000 bis 2004	5
Bericht der Landesregierung	
Drucksache 15/337	
b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2001	
(Haushaltsgesetz 2001)	
Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 15/290	
• Haushaltsentwurf 2001;	
am Ende des Haushaltsjahres 1999 gebildete Ausgabereste	
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie	
Umdruck 15/308	
• Haushaltsentwurf 2001	
Übersichten über die am 31. August 2000 unbesetzten Planstellen und Stellen	
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie	
Umdruck 15/313	
• Haushaltsvorschläge der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger (Zuwendungshöhe ab 100 TDM);	
hier: Einzelplan 06 - Ministerium für Wirtschaft, Technologie	
und Verkehr	
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie	
Umdruck 15/349	
• Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2001 - „Nachschiebeliste“	
Umdruck 15/473	
• Änderungsvorschläge der Landtagsverwaltung zum Haushaltsentwurf 2001	
Umdrucke 15/475 und 15/490	
• Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P.	
Umdruck 15/463	
• Fragen der Abgeordneten	
• Antworten der Landesregierung	

-
- | | |
|--|-----------|
| 2. Finanzielle Absicherung des Programms „ziel - Zukunft im eigenen Land“ (2000 bis 2006) | 8 |
| Landtagsbeschluss vom 28. September 2000
Drucksache 15/380
Bericht der Landesregierung | |
| 3. Stille Einlage bei der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und Gründung einer Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen; Antrag zur Einwilligung des Finanzausschusses gemäß § 15 Abs. 10 und § 17 Abs. 2 HHG 2000 | 10 |
| Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/420 | |
| 4. Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft in Kiel, Niemannsweg 2 | 11 |
| Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/470 | |
| 5. Flexibilisierung des Haushaltsvollzuges gemäß § 10 a LHO
Ordentliche Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften und
Fachgerichtsbarkeiten
Zwischenbericht inklusive Statusbericht nach dem 3. Quartal 2000 | 12 |
| Vorlage des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie
Umdruck 15/453 | |
| 6. Information/Kenntnisnahme | 13 |
| 7. Verschiedenes | 13 |

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2000 bis 2004

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/337

**b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2001
(Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/290

- Haushaltsentwurf 2001;
am Ende des Haushaltsjahres 1999 gebildete Ausgabereste

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/308

- Haushaltsentwurf 2001
Übersichten über die am 31. August 2000 unbesetzten Planstellen und Stellen

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/313

- Haushaltsvorschläge der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger (Zuwendungshöhe ab 100 TDM);
hier: Einzelplan 06 - Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/349

- Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2001 - „Nachschiebeliste“

Umdruck 15/473

- Änderungsvorschläge der Landtagsverwaltung zum Haushaltsentwurf 2001

Umdrucke 15/475 und 15/490

- Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P.

Umdruck 15/463

- Fragen der Abgeordneten

Umdruck 15/323 - F.D.P.

Umdruck 15/328 - CDU

Umdruck 15/342 - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umdruck 15/343 - SPD

Umdruck 15/346 - CDU

Umdruck 15/381 - CDU

Umdruck 15/388 - SSW

- Antworten der Landesregierung

Umdruck 15/337 - MAGS

Umdruck 15/338 - MAGS

Umdruck 15/345 - StK

Umdruck 15/369 - MBWFK

Umdruck 15/379 - IM

Umdruck 15/383 - MFE

Umdruck 15/394 - MFE

Umdruck 15/410 - MFE

Umdruck 15/411 - MAGS

Umdruck 15/412 - MLR

Umdruck 15/413 - MFJ

Umdruck 15/414 - MWTV

Umdruck 15/415 - MFE

Umdruck 15/418 - MFE

Umdruck 15/419 - MFE

Umdruck 15/421 - MBWFK

Umdruck 15/435 - MWTV

Umdruck 15/451 - IM
Umdruck 15/457 - MAGS
Umdruck 15/422 - MUNF
Umdruck 15/476 - MBWFK
Umdruck 15/489 - MBWFK

St Döring führt kurz in die Nachschiebeliste, Umdruck 15/473, ein. Eine Frage von Abg. Heinold beantwortet er dahin, die Reduzierung des Ansatzes bei Titel 0501-525 02 - Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten - sei ausschließlich auf den Zwang zur Haushaltskonsolidierung zurückzuführen und angesichts des vorhandenen Reisebedarfs (zum Beispiel zum Bereich Länderfinanzausgleich) schmerzhaft.

Die Begründung zur Aufstockung des Ansatzes bei Titel 0601-526 99 - Kosten für Sachverständige, Gutachten u. Ä. - um 200.000 DM „Mehrbedarf aufgrund des Landtagsauftrages zur Erstellung einer Messekonzeption“ nimmt Abg. Heinold zum Anlass, die Regierung zu bitten, das Parlament vor der Verabschiedung von Anträgen, durch die die Landesregierung mit der Erstellung von Berichten, Konzeptionen oder Ähnlichem beauftragt werde, über die finanziellen Auswirkungen solcher Beschlüsse aufzuklären.

Der Ausschuss kommt überein, die Änderungsvorschläge der Landesregierung und der Landtagsverwaltung in der nächsten Sitzung mit den bis dahin vorliegenden Änderungsanträgen der Fraktionen zu beraten.

Die Vorlagen des Finanzministeriums Umdrucke 15/308, 15/313 und 15/349 sowie die Antworten der Landesregierung auf die von den Fraktionen zum Haushalt gestellten Fragen nimmt der Ausschuss ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Finanzielle Absicherung des Programms „ziel - Zukunft im eigenen Land“
(2000 bis 2006)**

Landtagsbeschluss vom 28. September 2000

Drucksache 15/380

Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 18. Oktober 2000 an den Wirtschaftsausschuss, den Finanzausschuss und den Agrarausschuss)

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Stille Einlage bei der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und
Gründung einer Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteili-
gungen; Antrag zur Einwilligung des Finanzausschusses gemäß § 15 Abs. 10
und § 17 Abs. 2 HHG 2000**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/420

M Möller führt einleitend in die Vorlage Umdruck 15/420 ein. Auf eine Frage von Abg. Arp entgegnet er, die stille Einlage, die der Aufstockung des Eigenkapitals der Landesbank diene, bedeute aus Sicht der Landesregierung keine wettbewerbsverzerrende Begünstigung der Landesbank, weil die Einlage zu marktüblichen Konditionen verzinst werde und bei der Landesbank ein öffentliches Interesse gegeben sei, und sei EU-rechtlich und steuerrechtlich nicht zu beanstanden.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss dem Finanzministerium seine Einwilligung, gemäß § 15 Abs. 10 Haushaltsgesetz 2000 zur Absicherung der Kreditaufnahme einer vom Land zu gründenden Beteiligungsgesellschaft Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zu einem Höchstbetrag von 500 Millionen DM zu übernehmen sowie das Ministerium gemäß § 17 Abs. 12 Haushaltsgesetz 2000 zu ermächtigen, eine Beteiligungsgesellschaft in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von 50.000 DM zu errichten.

M Möller nutzt die Gelegenheit, an dieser Stelle zur Zukunft der Landesbanken und Sparkassen und insbesondere zur Entwicklung der WestLB Stellung zu nehmen. Der Bundeskanzler habe bei der EU unmissverständlich seine Position bekräftigt, an der Rechtskonstruktion der Sparkassen mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung nichts zu ändern, und gleichzeitig deutlich gemacht, dass die Bundesregierung hinter dem Vorschlag von Nordrhein-Westfalen stehe, die WestLB gegebenenfalls in einen öffentlich-rechtlichen Teil und einen privaten Teil aufzuspalten. Über die Aufspaltung der WestLB würden jetzt konkrete Verhandlungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der EU aufgenommen, deren Ergebnisse man abwarten müsse, bevor man Konsequenzen für die schleswig-holsteinische Landesbank prüfe.

Abg. Heinold regt an, das Ministerium möge den Ausschuss im Lichte der Neuordnung der WestLB über die möglichen Entwicklungen der übrigen Landesbanken und Sparkassen unterrichten.

M Möller macht deutlich, dass er über konkrete Entwicklungen oder Auswirkungen frühestens im Frühjahr nächsten Jahres im Lichte erster Verhandlungsergebnisse zwischen der WestLB und der EU berichten könne. Im Rahmen einer Aufspaltung der WestLB gehe es um die Zusage, am Status der Sparkassen nichts zu ändern, und die Frage, inwieweit die in der Vergangenheit vollzogene Einbringung des Wohnungsbauvermögens als Haftkapital nachträglich verzinst werden müsse. Dass in dieser Phase die Sparkassen ohne Not und auf Kosten des Anteilseigners Land vorschlugen, nach einer gewissen Übergangsfrist auf die Gewährträgerhaftung zu verzichten, sei völlig unverständlich.

Der Ausschuss kommt in Abstimmung mit dem Finanzministerium und dem Rechnungshof überein, die Thematik „Neuordnung der WestLB und Auswirkungen auf die übrigen Landesbanken und Sparkassen“ im ersten Quartal 2001 zu diskutieren.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft in Kiel, Niemannsweg 2

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/470

Ohne Aussprache stimmt der Ausschuss der Veräußerung der Liegenschaft zu.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Flexibilisierung des Haushaltsvollzuges gemäß § 10 a LHO
Ordentliche Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften und
Fachgerichtsbarkeiten
Zwischenbericht inklusive Statusbericht nach dem 3. Quartal 2000**

Vorlage des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie
Umdruck 15/453

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

Umdruck 15/424 - Steueraufkommen

Umdruck 15/431 - Resolution

Umdruck 15/434 - Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs

Zu Punkt 7 der Tagesordnung, Verschiedenes, liegt nichts vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:25 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer